

175.000 beim Autoaktionstag und bei Volkswagen blieb der Protest hinter den Werkstoren

Ein Kommentar von GvU DIREKT

Am 21. September beteiligten sich nach Angaben der IG Metall rund 175.000 Beschäftigte an etwa 280 Aktionen in der Automobil- und Zulieferindustrie. Diese Zahl zeigt, dass die Belegschaften bereit sind, für ihre Arbeitsplätze und ihre Zukunft einzutreten. An mehreren großen Volkswagen-Standorten blieb diese Kraft jedoch überwiegend hinter den Werkstoren. In Wolfsburg wurden Tausende intern versammelt, während zur öffentlichen Kundgebung nur rund 300 Menschen kamen. In Kassel-Baunatal beteiligten sich nach Angaben der IG Metall insgesamt rund 850 Beschäftigte an internen Veranstaltungen; nach einem Bericht aus dem Werk sollten zunächst vor allem Vertrauensleute teilnehmen. In Braunschweig wurden Vertrauensleute mit Gesprächsleitfäden in die laufende Produktion geschickt, obwohl zuvor ein ausgearbeiteter Antrag für eine Beteiligung aller drei Schichten und eine wirkliche Aussprache vorgelegt worden war.

Der Aktionstag hat damit zwei Dinge gezeigt. Die Beschäftigten sind mobilisierbar. Zugleich begrenzten örtliche Arbeitnehmervertretungen die öffentliche und selbstständige Beteiligung der Belegschaften. Die Frage lautet deshalb nicht nur, wie viele Menschen teilnahmen. Es muss auch gefragt werden, wer über die Form des Protests entschied, welche Vorschläge aus der Basis aufgegriffen wurden und weshalb die Produktion an mehreren VW-Standorten offenbar mehr Schutz von unerwarteter Stelle erhielt als die gemeinsame Aktion.

Die Hintergründe zum Aktionstag am Beispiel Volkswagen: Abbau von mehr als 60000 Stellen in Deutschland

Beim Volkswagen-Tarifabschluss vom Dezember 2024 vereinbarten Unternehmen, Betriebsrat und IG Metall den sozialverträglichen Abbau von mehr als 35.000 Stellen an den deutschen Standorten bis 2030. Volkswagen verband den Abschluss ausdrücklich mit einer dauerhaften Verringerung der Produktionskapazitäten und einer Senkung der jährlichen Arbeitskosten um 1,5 Milliarden Euro. Betriebsbedingte Kündigungen wurden bis Ende 2030 ausgeschlossen. Der vereinbarte Stellenabbau sollte vor allem über die sogenannte demografische Kurve erfolgen.

Im Jahr 2026 errechnete der Volkswagen-Vorstand einen weiteren Anpassungsbedarf von rund 50.000 Stellen im Konzern. Nach Angaben der IG Metall entfällt davon rechnerisch etwa die Hälfte auf Deutschland. Die zusätzlichen rund 25.000 Stellen sind noch keine beschlossene Liste konkreter Arbeitsplätze. Zusammen mit den bereits vereinbarten mehr als 35.000 Stellen steht für die deutschen VW-Standorte jedoch eine Größenordnung von mehr als 60.000 Stellen im Raum.

Für die Beschäftigten ist es unerheblich, ob ihre Arbeitsplätze durch Kündigungen, Altersteilzeit, nicht wiederbesetzte Stellen, ausbleibende Übernahmen oder Verlagerungen verschwinden. Jeder abgebaute Arbeitsplatz erhöht den Druck auf die verbleibende Belegschaft und schwächt die industriellen Regionen. Es geht um Einkommen, Gesundheit, Ausbildungschancen, Familien und die Zukunft ganzer Standorte. Es geht auch um die Fähigkeit der Gewerkschaft, den Umbau der Industrie mit den Beschäftigten zu gestalten, anstatt ihn lediglich sozialverträglich zu begleiten.

Wenn bereits mehr als 35.000 Stellen zum Abbau vereinbart sind und der Vorstand weitere rund 25.000 Stellen in Deutschland infrage stellt, muss gefragt werden: Welche Lage müsste noch eintreten, damit die Produktion für eine gemeinsame Beratung und einen sichtbaren Protest unterbrochen wird?

Der Anspruch des Aktionstages

Die IG Metall hatte für den 21. September ganztägige und bundesweite Aktionen angekündigt. Sie rief Beschäftigte aller Schichten bei Herstellern und Zulieferern zur Beteiligung auf. Unter dem Motto Zukunft statt Kahlschlag sollte der Widerstand öffentlich sichtbar werden.

175.000 Beteiligte sind ein starkes Ergebnis. Es beweist, dass die häufig behauptete Passivität der Belegschaften keine ausreichende Erklärung für schwache örtliche Aktionen ist. Entscheidend sind die Bedingungen, unter denen Beschäftigte teilnehmen können, und die Frage, ob sie an der Planung beteiligt werden.

An verschiedenen Standorten wurden Demonstrationzüge, Kundgebungen vor Werkstoren und Aktionen an Schichtwechseln organisiert. In Hannover beteiligten sich nach Angaben der IG Metall rund 6.500 Beschäftigte. Beschäftigte von Volkswagen Nutzfahrzeuge, ZF Wabco und weiteren Betrieben trugen den Konflikt gemeinsam aus den Werken heraus. Der Blick auf Volkswagen zeigt jedoch, dass die großen Belegschaften in Wolfsburg, Kassel und Braunschweig überwiegend in internen und kontrollierbaren Formen mobilisiert wurden.

Wolfsburg: Tausende im Werk rund 300 vor dem Gewerkschaftshaus

Im Wolfsburger Stammwerk zogen nach Angaben der IG Metall Tausende Beschäftigte per Sternmarsch in Halle 11. Dort sprachen die IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner und die Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzende Daniela Cavallo. Die Belegschaft war also mobilisierbar.

Die öffentliche Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus fand dagegen an einem Montag zwischen 10 und 11 Uhr statt. Die IG Metall nannte anschließend rund 300 Teilnehmende. Wer zu dieser Zeit in der Frühschicht arbeitete und nicht freigestellt wurde, konnte nicht gleichzeitig vor dem Gewerkschaftshaus demonstrieren. Die große interne Mobilisierung und der öffentliche Protest wurden organisatorisch voneinander getrennt.

Auch der Medienzugang zur Veranstaltung im Werk war begrenzt. Nach der offiziellen Presseinformation waren dort nur ZDF, Sat.1 und dpa als Poolmedien vorgesehen. Das war kein vollständiger Ausschluss journalistischer Berichterstattung. Andere Redaktionen konnten die zentrale Veranstaltung jedoch nicht selbst beobachten. Tausende Beschäftigte kamen zusammen, aber ihre gemeinsame Stärke blieb für die breite Öffentlichkeit weitgehend hinter dem Werkstor.

Wer gesellschaftliche Solidarität für Industriearbeitsplätze gewinnen will, muss den Beschäftigten ermöglichen, gemeinsam öffentlich aufzutreten. Eine kleine Kundgebung außerhalb des Werkes kann die Wirkung eines Sternmarsches mit Tausenden Menschen nicht ersetzen.

Kassel: Beteiligung sollte nach einem Bericht auf Vertrauensleute begrenzt bleiben

Im Volkswagen-Werk Kassel-Baunatal blieb der Aktionstag ebenfalls intern. Die HNA berichtet von zwei dezentralen Betriebsversammlungen für Früh- und Spätschicht im Bereich Gießerei sowie einer außerordentlichen Zusammenkunft der Vertrauensleute. Nach Angaben der IG Metall beteiligten sich vormittags rund 500 und nachmittags etwa 350 Beschäftigte. Die Teilnehmenden zogen trommelnd und klatschend vom Haupttor zum internen Versammlungsraum.

Rote Fahne News berichtete zu Beginn der vormittäglichen Aktion von etwa 200 Teilnehmenden. Ein Teil sei in selbstorganisierten Demonstrationen zum Versammlungsort gekommen. Dem Bericht zufolge hatten IG Metall und Betriebsrat nur die Vertrauensleute zur Kundgebung aufgerufen. Es

habe Druck gegeben, andere Beschäftigte nicht teilnehmen zu lassen, weil sie keine Vertrauensleute seien. Einige beteiligten sich dennoch. Auch die Begrenzung der Demonstration auf das Werksgelände sei von Beschäftigten kritisiert worden.

Diese innerbetrieblichen Angaben sind nicht unabhängig bestätigt. Der veröffentlichte Bericht ist dennoch relevant, weil er einen konkreten Konflikt um die Teilnahme beschreibt. Der bundesweite Aufruf richtete sich an alle Beschäftigten und alle Schichten. Wenn örtlich zunächst nur Vertrauensleute aufgerufen wurden, wurde der Kreis der Handelnden bereits organisatorisch verkleinert.

Im nahe gelegenen Kasseler Daimler-Truck-Werk fand die Aktion öffentlich vor dem Werkstor statt. Dort kamen nach Angaben der HNA allerdings nur rund 150 Menschen. Der Vergleich zeigt die Schwächen beider Formen: Bei Volkswagen wurden intern deutlich mehr Beschäftigte erreicht, aber außerhalb des Werkes war ihre Aktion kaum wahrnehmbar. Bei Daimler war der Protest öffentlich, mobilisierte jedoch nur einen kleineren Teil der Belegschaft.

Die Alternative kann nicht lauten, entweder viele Menschen intern zu versammeln oder wenige vor dem Werkstor. Ein öffentlicher Aktionstag muss breite Beteiligung im Betrieb mit sichtbarem Druck nach außen verbinden.

Braunschweig: Ein Beteiligungskonzept lag vor und blieb unbeantwortet

In Braunschweig lässt sich die Begrenzung des Aktionstages besonders genau nachvollziehen. Schon bei der Betriebsversammlung am 16. September bestand erheblicher Diskussionsbedarf. Rote Fahne News berichtet von 27 Wortmeldungen. Die Aussprache wurde demnach nach dem zwölften Beitrag unterbrochen und soll später fortgesetzt werden. Ein Termin dafür ist bislang nicht bekannt. Damit blieben 15 angemeldete Beiträge zunächst ungehört, obwohl wenige Tage später der bundesweite Aktionstag bevorstand.

Vor dem 21. September legte GvU DIREKT der Vertrauenskörperleitung und dem Betriebsrat einen dreiseitigen Antrag zur beteiligungsorientierten Gestaltung des Aktionstages vor. Nach Angaben der Antragsteller wurde er persönlich und unter Zeugen übergeben. Eine Stellungnahme, eine Beratung oder ein Abstimmungsergebnis wurden bis Redaktionsschluss nicht bekannt.

Der Antrag verlangte keine fertige Verkündung durch Funktionäre, sondern eine gemeinsame Willensbildung der Belegschaft. Gefordert wurden die gleichberechtigte Beteiligung von Früh-, Spät- und Nachtschicht, ausreichend Zeit, ein geeigneter Raum, ein offenes Mikrofon, eine faire Redeliste, die schriftliche Dokumentation der Beiträge und eine verbindliche Auswertung. Betriebsrat, Vertrauenskörperleitung und IG Metall sollten die Belegschaft anschließend darüber informieren, welche Forderungen aufgegriffen und welche nächsten Schritte geplant werden.

Der Antrag forderte ausdrücklich, die rechtlichen Möglichkeiten für eine ordentliche oder zusätzliche Betriebsversammlung zu prüfen. Die konkrete Gestaltung sollte gemeinsam mit Betriebsratsmitgliedern, Vertrauensleuten und interessierten Beschäftigten vorbereitet werden. Ein zentraler Satz lautete: Die Produktion dürfe nicht zum alleinigen Maßstab für Dauer und Gestaltung des Aktionstages gemacht werden.

Genau diese Situation trat ein. Der Antrag blieb unbeantwortet. Am Aktionstag wurden Vertrauensleute über den vorgesehenen Ablauf informiert und erhielten einen Gesprächsleitfaden. Sie sollten in ihre Bereiche gehen und die Beschäftigten unter anderem fragen, was sie bedrücke, was sie wütend mache und was sie in die Auseinandersetzung einzubringen bereit seien.

Auch auf der Vertrauensleuteversammlung selbst wurde nach einem Bericht von Rote Fahne News kontrovers diskutiert. Ein Teil der Vertrauensleute wollte weitergehende Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik beraten. Dem stand die vorgesehene Linie gegenüber, zunächst Einzelgespräche zu führen und für die DGB-Kundgebung am 26. September zu mobilisieren. Am Ende blieb es bei den Einzelgesprächen. Mehrere Vertrauensleute hätten anschließend erklärt, ein Streik wäre eigentlich richtig.

Die betrieblichen Rückmeldungen ergeben kein einheitliches Bild. In den Hallen 30 und 31 kamen Beschäftigte nach vorliegenden Schilderungen zu einer Betriebsratsinformation vor den Hallen zusammen. In Halle 32a wurden Antworten aufgenommen und später mit Betriebsratsmitgliedern besprochen. Aus anderen Bereichen wird berichtet, Betriebsratsmitglieder oder Aktive hätten Flyer und Weingummi verteilt. Ein Vertrauensmann erklärte gegenüber GvU DIREKT, seine aufgenommenen Rückmeldungen seien anschließend nicht abgefragt worden. Beschäftigte aus Teilen der Frühschicht berichten außerdem, sie hätten von der angeblich flächendeckenden Aktion nichts bemerkt.

Diese Berichte können nicht auf das gesamte Werk übertragen werden. Sie stehen jedoch im Widerspruch zur öffentlichen Darstellung der IG Metall Braunschweig, nach der in allen Werksteilen flächendeckende dezentrale Aktionen stattgefunden hätten. Eine Beteiligungszahl veröffentlichte die Geschäftsstelle nicht. Ebenso fehlen öffentliche Angaben dazu, wie viele Beschäftigte angesprochen wurden, wie Spät- und Nachtschicht beteiligt waren und was aus den Rückmeldungen geworden ist.

Der Aktionstag war damit nicht alternativlos schlecht organisiert. Ein ausgearbeitetes Beteiligungskonzept lag vor. Es verlangte genau das, was später fehlte: alle Schichten, ausreichend Beratungszeit, gemeinsame Vorbereitung und eine verbindliche Auswertung. Die Basis durfte eine bereits festgelegte Aktion ausführen. Ihre Möglichkeiten, die Form des Protestes mitzubestimmen, blieben dagegen begrenzt.

Wenn Interessenvertreter die Produktion schützen...

Betriebsräte sind gewählt, um die Interessen der Beschäftigten gegenüber dem Unternehmen zu vertreten. Bei einem gewerkschaftlichen Aktionstag müssen sie nicht den störungsfreien Produktionsablauf für das Management organisieren.

Wenn Beschäftigte in Kassel nach einem veröffentlichten Bericht nicht teilnehmen sollten, weil sie keine Vertrauensleute waren, wenn in Braunschweig die Anlagen während der Gespräche weiterliefen und wenn in Wolfsburg die Frühschicht von der öffentlichen Kundgebung getrennt blieb, hatte das dieselbe praktische Wirkung: Die Produktion wurde höher gewichtet als der gemeinsame öffentliche Protest.

Damit übernahmen Arbeitnehmervertretungen im Ergebnis eine Aufgabe des Managements. Sie sorgten dafür, dass die Aktion den betrieblichen Ablauf möglichst wenig berührte. Für eine standortübergreifende Absprache gibt es keinen Beleg. Ebenso unterscheiden sich Beteiligung und Entscheidungswege an den drei Standorten. Das erkennbare Muster bleibt dennoch erklärungsbedürftig.

Die Frage nach bewusster Blockade darf deshalb gestellt werden. Waren die örtlichen Strukturen nicht in der Lage, einen beteiligungsorientierten und öffentlichen Aktionstag zu organisieren? Oder wollten Teile der Arbeitnehmervertretungen eine Mobilisierung begrenzen, die die Produktion unterbricht, eigenständige Forderungen entwickelt und sich nicht vollständig kontrollieren lässt?

Für Braunschweig ist belegt, dass ein detaillierter Antrag ohne erkennbare Antwort blieb. Für Kassel berichtet Rote Fahne News über Druck gegen die Teilnahme von Beschäftigten außerhalb des

Vertrauenskörpers. Für Wolfsburg ist belegt, dass die große interne Aktion von der kleinen öffentlichen Kundgebung getrennt und der Medienzugang beschränkt wurde. Das reicht nicht für die Behauptung einer gemeinsamen geplanten Blockade. Es reicht aber für die Forderung nach vollständiger Transparenz.

Die Belegschaften müssen über die nächsten Schritte entscheiden

Der 21. September darf nicht mit einer Erfolgszahl von 175.000 Beteiligten abgeschlossen werden. Die Zahl zeigt ein Potenzial. Ob daraus gewerkschaftliche Kraft entsteht, entscheidet sich daran, was nun geschieht.

Die Rückmeldungen aus den Bereichen müssen zusammengeführt und gegenüber den Beschäftigten offengelegt werden. Die ausstehende Aussprache in Braunschweig braucht einen verbindlichen Termin. Der eingereichte Antrag muss beraten und beantwortet werden. Beschäftigte aller Schichten müssen an der Vorbereitung der nächsten Aktionen beteiligt werden. In Kassel muss geklärt werden, wer an der Teilnahme gehindert werden sollte und wer diese Entscheidung traf. In Wolfsburg muss erklärt werden, weshalb die große interne Mobilisierung nicht mit einer gemeinsamen öffentlichen Aktion verbunden wurde.

Wer die Beschäftigten fragt, was sie wütend macht und was sie zu tun bereit sind, muss auch bereit sein, ihre Antworten ernst zu nehmen. Beteiligung endet nicht mit einem Gesprächsleitfaden. Sie verlangt, dass die Belegschaften selbst über Forderungen und nächste Schritte beraten können.

Nicht die Beschäftigten müssen erklären, weshalb sie bei einer öffentlichen Aktion fehlten. Die Verantwortlichen müssen erklären, weshalb vielen von ihnen keine reale Möglichkeit gegeben wurde, gemeinsam daran teilzunehmen.

Der Aktionstag hat gezeigt, dass die Bereitschaft zum Widerstand vorhanden ist. Jetzt müssen Betriebsräte und IG Metall entscheiden, ob sie diese Kraft freisetzen oder weiterhin in Formen lenken, die Produktion und Management möglichst wenig stören. Die Beschäftigten sollten ihnen diese Entscheidung nicht allein überlassen.

Unsere Forderungen

Die Arbeit darf nicht zusammen mit den Menschen abgebaut werden. Vorhandene Arbeit muss gerecht verteilt und die industrielle Produktion auf sinnvolle und zukunftsfähige Aufgaben ausgerichtet werden.

Wir fordern:

keinen weiteren Stellenabbau, keine Werksschließungen und keine Ausgliederung von Standorten oder Komponentenbereichen;

Arbeitszeitverkürzung vollem Lohn- und Personalausgleich;

Gesellschaftlich sinnvolle Zukunftsprodukte für den ÖPNV, Energiespeicher, Kleinfahrzeuge und Lastenfahräder, Cargostrassenbahnen und entsprechende Investitionen für alle Standorte;

die unbefristete Übernahme von Leiharbeitenden, Befristeten und Beschäftigten der Group Services nach dem Grundsatz ein Betrieb eine Belegschaft;

Schluss mit Pflichtschichten und dauernder Verfügbarkeit; das Wochenende muss den Beschäftigten und ihren Familien gehören;

eine demokratisch kontrollierte Umstellung auf menschenwürdige und zukunftsfähige Mobilität statt Rüstungsproduktion als Ersatz für zivile Arbeitsplätze;

öffentliche Hilfen nur gegen verbindliche Arbeitsplatz-, Tarif- und Standortgarantien.

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich muss im Mittelpunkt stehen. Sie verteilt die vorhandene Arbeit und gibt den Beschäftigten eine gemeinsame Antwort auf den Stellenabbau.

Wer nur über Subventionen, Industriestrompreise und Altersteilzeit spricht, akzeptiert den Abbau im Grundsatz und verhandelt vor allem über sein Tempo.

Redaktioneller Hinweis

Dieser Beitrag ist ein Kommentar. Öffentlich belegte Tatsachen, Berichte aus politisch positionierten Medien, GvU DIREKT vorliegende betriebliche Schilderungen und redaktionelle Bewertungen werden voneinander unterschieden.

GvU DIREKT liegt ein Originalexemplar des Antrags zur beteiligungsorientierten Gestaltung des Aktionstages sowie des im Volkswagen-Werk Braunschweig verwendeten Handzettels für Vertrauensleute vor. Angaben zu nicht öffentlich dokumentierten Abläufen beruhen auf Rückmeldungen aus unterschiedlichen Bereichen des Werkes. Einzelne Schilderungen werden nicht auf die gesamte Belegschaft übertragen.

GvU DIREKT ist eine unabhängige Initiative von Gewerkschaftsmitgliedern und Beschäftigten aus den Betrieben. Es handelt sich nicht um einen offiziellen Auftritt der IG Metall.

Gewerkschafter von Unten ist ein offener Zusammenschluss von Beschäftigten. Uns verbindet der Wille, dem Abbau von Arbeitsplätzen und erkämpften Rechten etwas entgegenzusetzen. Wir wenden uns gegen die Militarisierung der Produktion und setzen uns für sinnvolle, ökologische Produkte ein, die die Gesellschaft braucht – besonders für die Verkehrs- und Energiewende. Darin sehen wir eine fortschrittliche Zukunft für unsere Arbeit.

Über Ursachen und Wege sind wir nicht immer einer Meinung. Gerade deshalb schaffen wir Raum für Informationen, Kritik und respektvolle Diskussion – auch über Entscheidungen von Betriebsrat und Gewerkschaft. Was wir gemeinsam vertreten, erarbeiten wir miteinander.

GvU DIREKT Redaktion Braunschweig

Stand 24. September 2026

Quellen und Dokumente

1. IG Metall Vorstand: Rund 175.000 Beschäftigte demonstrieren für Zukunft statt Kahlschlag in der Autoindustrie.
<https://www.igmetall.de/presse/pressemitteilungen/2026/rund-175000-beschaefigte-demonstrieren-fuer-zukunft-statt-kahlschlag-in-der-autoindustrie>
2. Volkswagen Group: Volkswagen AG positions itself competitively for the future, 20. Dezember 2024.
<https://www.volkswagen-group.com/en/press-releases/agreement-reached-volkswagen-ag-positions-itself-competitively-for-the-future-18911>

3. IG Metall Hannover: Kampf um die Zukunft von Volkswagen geht weiter.
<https://hannover.igmetall.de/aktuelles/meldungen/2026/kampf-um-die-zukunft-von-volkswagen-geht-weiter>
4. IG Metall Wolfsburg: Wolfsburg steht zusammen für Arbeitsplätze Industrie und Zukunft.
<https://www.igmetall-wob.de/meldung/wolfsburg-steht-zusammen-fuer-arbeitsplaetze-industrie-und-zukunft>
5. IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt: Übersicht zum Automobilaktionstag und Medienzugang.
<https://alfeld-hamel-hildesheim.igmetall.de/aktuelles/2026/2026-09-21-aktionstag-automobil>
6. HNA: Sorge um Autojobs Proteste bei VW und Daimler in Kassel und Baunatal, 22. September 2026.
<https://www.hna.de/lokales/kreis-kassel/baunatal-ort312516/wirtschaft-sorge-um-autojobs-proteste-bei-vw-und-daimler-in-kassel-und-baunatal-94503604.html>
7. Rote Fahne News: Erwartungen übertroffen statt 100.000 meldet IG Metall bereits 175.000 Beteiligte, 21. September 2026. <https://www.rf-news.de/2026/kw39/aktionstag-ig-metall-21-september>
8. Rote Fahne News: Sind die Löhne wirklich zu hoch, mit Nachtrag aus Braunschweig.
<https://www.rf-news.de/2026/kw39/sind-die-loehne-wirklich-zu-hoch>
9. IG Metall Braunschweig: Zukunft statt Kahlschlag.
<https://www.igm-bs.de/meldung/zukunft-statt-kahlschlag>
10. Primärquelle der Redaktion: Antrag Beteiligungsorientierte Gestaltung des bundesweiten Aktionstages, September 2026.
11. Primärquelle der Redaktion: IG Metall Handzettel für Vertrauensleute, Volkswagen-Werk Braunschweig, 21. September 2026.